_

Leitsätze

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Schleswig-Holstein

Sozialgericht Schleswig-Holsteinisches

Landessozialgericht

Sachgebiet Sonstige Angelegenheiten

Abteilung

Kategorie Beschluss

Bemerkung Rechtskraft

Deskriptoren ärztliche Leistungen, Aufwendungen,

5.

Auslagenvorschuss, Drittleistungen, Einwilligung, Genehmigung, Mehrkosten,

Sachverständigenhonorar, Vorschuss

1. Eine Beschränkung der Vergütung auf

den Vorschuss scheidet aus, wenn der Sachverständige rechtzeitig auf die

Mehrkosten hingewiesen hat (§ 8a Abs. 4 IVEG). Macht das Gericht die Vergütung

der Mehrkosten darüber hinaus von seiner vorherigen Genehmigung

abhängig, ist eine Beschränkung zumindest bei konkludent erteilter

Genehmigung unzulässig.

2. Werden ärztliche Leistungen nicht vom Sachverständigen selbst erbracht, sondern von einem Dritten, der ihm die Leistungen in Rechnung stellt, handelt es sich um besondere Aufwendungen i.S. des § 12 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 JVEG. Die Notwendigkeit der Höhe nach bestimmt

sich nach den für den Dritten geltenden Bestimmungen der GOÄ.

IVEG § 10, IVEG § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 1,

IVEG § 8a Abs. 4

Normenkette

1. Instanz

Aktenzeichen

Datum

2. Instanz

Aktenzeichen L 5 AR 22/20 KO

Datum 06.05.2022

3. Instanz

Datum

Die Vergütung des Antragstellers für das im Verfahren <u>L 7 R 41/15</u> erstattete Sachverständigengutachten wird antragsgemäÃ□ auf 4.534,34 EUR festgesetzt.

Â

Im Ã□brigen wird der Antrag abgelehnt.

Â

Das Verfahren ist gebührenfrei. Kosten werden nicht erstattet.

Â

Gründe:

̸ber den nach <u>§ 4 Abs. 1 Satz 1, Satz 3 Nr. 1 JVEG</u> zulässigen Antrag entscheidet das Gericht durch den Einzelrichter (<u>§ 4 Abs. 7 Satz 1 Halbsatz 1</u> Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz [JVEG]).

Der nicht erloschene (vgl. <u>ŧ 2 Abs. 1 Satz 1 JVEG</u>) und unverjĤhrte (vgl. <u>ŧ 2 Abs. 3 Satz 1 JVEG</u>) Vergù⁄₄tungsanspruch des Antragstellers besteht in tenorierter Höhe.

Entgegen der Auffassung des Antragsgegners kommt eine BeschrĤnkung der VergĽtung des Antragstellers auf den Vorschuss nicht in Betracht. Ä∏bersteigt die Vergļtung den angeforderten Auslagenvorschuss erheblich und hat der Berechtigte nicht rechtzeitig nach <u>§ 407a Abs. 4 Satz 2</u> der Zivilprozessordnung (ZPO) auf diesen Umstand hingewiesen, erhĤlt er die Vergļtung nur in HĶhe des Auslagenvorschusses (<u>§ 8a Abs. 4 JVEG</u>). Diese Voraussetzungen liegen hier deshalb nicht vor, weil der Antragsteller sowohl mit Schreiben vom 5. Februar 2019 als auch nochmals mit Schreiben vom 24. September 2019 und damit nach freier Ä∏berzeugung des Gerichts noch rechtzeitig auf die voraussichtlichen Mehrkosten hingewiesen hat.

Zwar ist der Antragsteller mit VerfÃ 1 4gung vom 29. Januar 2019 anlÃ $^{\infty}$ sslich seiner Bestellung zum SachverstÃ $^{\infty}$ ndigen darauf hingewiesen worden, dass Mehrkosten fÃ 1 4r die weitere Bearbeitung nur nach Einwilligung des Gerichts Ã 1 4bernommen wÃ 1 4rden. Zumindest von einer derartigen Genehmigung ist im vorliegenden Fall allerdings auszugehen. FÃ 1 4r die mit Schreiben vom 5. Februar 2019 avisierten Kosten fÃ 1 4r die Spiroergometrie, die funktionelle Magnetresonanztherapie, die genetische Laboruntersuchung und die stressmedizinische Untersuchung â $^{\square}$ 1 insoweit allerdings lediglich im Umfang von 324,66 EUR â $^{\square}$ 1 gilt dies schon deshalb, weil im Hinblick darauf bei der KlÃ $^{\infty}$ gerin weitere KostenvorschÃ 1 4sse in HÃ ¶ he von

1.566,00 EUR bzw. 298,66 EUR angefordert wurden; dass später seitens der Landeskasse ein Teilbetrag von 745,00 EUR wieder an die Klägerin zurückgebucht wurde, ist dem Antragsteller nicht anzulasten. Soweit der Antragsteller die weiteren Aufwendungen insbesondere im Hinblick auf den erhöhten Stundenaufwand am 24. September 2019 â□□ aber auch im Hinblick auf den höheren Kostenaufwand für die stressmedizinische Untersuchung â□□ mitgeteilt hat, ist ebenfalls von einer zumindest konkludenten Genehmigung dieser Aufwendungen auszugehen. Die Berichterstatterin des Verfahrens L 7 R 41/15 hat in einer dienstlichen Stellungnahme die Kosten im Ã□brigen als genehmigt angesehen, wegen deren Einzelheiten auf die Verfahrensakte Bezug genommen wird.

Die Vergütung des Antragstellers ist im Wesentlichen antragsgemäÃ \Box festzusetzen. Eine Kürzung des Stundenumfangs â \Box wie von der Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle erwogen â \Box kommt schon deshalb nicht in Betracht, weil die Urkundsbeamtin den Stundenaufwand für Diktat und Korrektur unberücksichtigt gelassen hat und die Berücksichtigung dieses Aufwands angesichts der Länge des Gutachtens beim verobjektivierender Betrachtung die Kürzungen in anderen Bereichen bei Weitem überschreiten würde.

Zu kýrzen ist die Rechnung lediglich wegen der geltend gemachten Aufwendungen für Fremdleistungen im Hinblick auf die vom Antragsteller in Auftrag gegebene und am 16. und 17. Dezember 2019 in der Praxis einer niedergelassenen ̸rztin durchgeführte Spiroergometrie. Insofern ist die Abrechnung nicht schlA¼ssig, weil dem Antragsteller nur 350,58 EUR in Rechnung gestellt worden sind, wAxhrend er selbst 487,70 EUR geltend macht. Die Rechnung ist allerdings â∏ entgegen dem Hinweis der Urkundsbeamtin im Schreiben vom 13. Januar 2019 â∏ nicht weiter auf einen Betrag von 180,36 EUR zu kürzen, der den ieweils einfachen Sätzen der Gebührenordnung für Ã□rzte (GOÃ□) für die abgerechnete Leistung entsprÄxche. Zwar sind SachverstÄxndige für Ãxrztliche Leistungen, die in der Anlage 2 zu § 10 Abs. 1 IVEG nicht bezeichnet sind, und die nicht im Abschnitt O der Gebührenordnung für Ã∏rzte (GOÃ∏) aufgeführt sind, nach der bisherigen stĤndigen Senatsrechtsprechung mit dem einfachen Gebührensatz zu entschädigen (Senatsbeschluss vom 10. Oktober 2012 â∏∏ <u>L 5</u> SF 36/10 KO â∏∏ juris Rn. 21). Vorliegend wurden die ärztlichen Leistungen allerdings nicht vom Antragsteller selbst erbracht, sondern von einer Dritten, die ihm â∏∏ dem Antragsteller â∏∏ die Leistungen in Rechnung gestellt hat. Es handelt sich im vorliegenden Fall um besondere Aufwendungen i.S. des § 12 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 IVEG, die insoweit auch notwendig sind, weil die Ã\(\text{\pi}\)rztin dem Antragsteller zulässigerweise nach der GOÃ∏ abrechnen durfte.

Die Abrechnung des Antragstellers ist deshalb um lediglich 137,12 EUR auf 4.534,34 EUR zu $k\tilde{A}^{1}/4$ rzen.

Die Kostenentscheidung ergeht gemĤÃ∏ <u>§ 4 Abs. 8 JVEG</u>.

Dieser Beschluss ist unanfechtbar (§ 4 Abs. 4 Satz 3 JVEG).

Erstellt am: 19.05.2022

Zuletzt verändert am: 23.12.2024